

## Attac Bielefeld EU-Gruppe

Webseite: [www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu](http://www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu)

---

\*\*\*\*\*

Für eine Europäischen Union im Interesse der Menschen!

Jetzt ist es notwendig, gründlich über die Zukunft der EU zu diskutieren und Visionen zu entwickeln.

Zunächst muss die EU umstrukturiert werden

- weg von von der uneingeschränkten Liberalisierungspflicht des Kapitalverkehrs und
- hin zu einer demokratischen Gemeinwohlorientierung.

Erst dann dürfen weitere Entscheidungsbefugnisse auf EU-Ebene verlagert werden

Kurzfristig Kräfte sammeln für die drängenden Forderungen nach umFAIRteilen, radikalem ökologischem Umbau und Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte!

\*\*\*\*\*

### **Wir fordern eine EU, die den Interessen der Menschen dient**

Folgende Prinzipien sind unverzichtbar:

1. Rückgewinnung demokratischer Souveränität über den Finanzkapitalismus und Abbau neoliberaler Wettbewerbsorientierung
2. Demokratie sowie Erhalt und Wiedererlangung grundlegender Freiheitsrechte
3. Entschiedene auf Dauer angelegte Umverteilungsmaßnahmen, um die sozial und ökonomisch schädliche Konzentration von Vermögen auszugleichen
4. Konkretes Ausgestalten eines europäischen Sozialsystems
5. Friedensfördernde Politik
6. Zukunftsfähigkeit in ökologischer Hinsicht

Ausführlichere Informationen dazu siehe [www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu](http://www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu)

### **Eine weitere Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf EU-Ebene nur dann, wenn alle diese Forderungen erfüllt werden.**

Gefährlich ist insbesondere die Idee, jetzt möglichst schnell einen europäischen Verfassungskonvent zu bilden, um eine EU-Verfassung durch Volksentscheid zu legitimieren. Diese Forderung ist in letzter Zeit häufiger zu hören. Aber was soll dabei herauskommen? Da es bislang keine Diskussion über eine europäische Verfassung gibt, wäre zu befürchten, dass mit einer solchen EU-Verfassung das neoliberale Modell legitimiert und zementiert würde. Das würde die Freiheitsrechte einschränken, die in den Verfassungen der einzelnen EU-Staaten bislang garantiert sind. Wir sind der Meinung, dass die Mehrheit nicht das Recht hat, grundlegende Rechte einer Minderheit einzuschränken. Die deutsche Verfassung sieht das genauso: Manche Artikel dürfen nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden. Andere dürfen nicht einmal mit 2/3-Mehrheit im Wesensgehalt beschnitten werden.

\*\*\*\*\*

## **Für ein demokratisches, freiheitliches, soziales, friedlichensstiftendes und ökologisches Europa**

Von Anfang an gab es viele gute Gründe für europäische Integration:

- Beitrag zur Völkerverständigung und zur Solidarität
- friedenspolitische Gründe
- gemeinsame Sozial – und Umweltstandards, um ruinösen Wettbewerb um Standortvorteile auf Kosten von Mensch und Umwelt zu vermeiden

Jedoch war die EU schon immer ein Eliteprojekt, in dem Kapitalinteressen vor anderen privilegiert waren. Und im Zuge der fortschreitenden Integration setzten sich die Interessen der Finanzwirtschaft und der Großunternehmen immer mehr durch. Statt „Mehr Europa“ gab es in Wirklichkeit mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für das Kapital, mehr Privatisierung und mehr Sozialabbau.

\*\*\*\*\*

### **Die gegenwärtige Krise ist eine Finanzkrise**

Die gegenwärtige Krise ist keine Schuldenkrise, sondern eine Krise der Wettbewerbs- und Finanzordnung, die von den europäischen Verträgen vorgezeichnet wird. Die andauernde Krise hatte ihren Ausgangspunkt in der Finanzkrise 2008. Diese ist die Folge entfesselter Finanzmärkte, die nach und nach von gesetzlichen Schranken befreit wurden. Die Krise ist nicht auf die Misswirtschaft einzelner Länder insbesondere in Südeuropa zurückzuführen. Die Länder haben sich – möglicherweise abgesehen von Details, die nun als Krisenursachen bezeichnet werden – durchaus „systemkonform“ verhalten.

Die Krise war und ist auch die Folge des systemimmanenten Auseinanderdriftens von Arm und Reich. Das Anlage-suchende Kapital der Wohlhabenden nimmt zu, während zugleich die Konsum-Nachfrage, welche vorwiegend von den unteren Einkommen ausgeht, abnimmt. Mit dem Rückgang der Nachfrage verschlechtern sich die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen und ihr Kapitalbedarf vermindert sich. Eine wachsende Kapitalmenge konkurriert somit um schrumpfende Anlagemöglichkeiten und weicht auf zunehmend riskantere Finanz-Geschäfte aus. Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie die jetzige, werden damit immer wahrscheinlicher.

Das Problem lässt sich nur durch eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus lösen.

**Nein zum Neoliberalismus** bedeutet insbesondere:

- Regulierung der Kapitalmärkte
- Rückgewinnung sozialpolitischer Errungenschaften
- Effektive Umverteilungs-Mechanismen, z.B. eine deutlich stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen
- Nein zur Privatisierung von staatlichen Aufgaben
- Demokratisierung

Nur durch ein Ende der neoliberalen Politik kann es soziale Gerechtigkeit in Europa geben und gleichzeitig die Krise überwunden werden.



\*\*\*\*\*

## **Eine politische Bewegung für eine neue solidarische, demokratische, friedensstiftende und ökologische EU jetzt!**

Dazu ist erforderlich

- Gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der EU
  - o Regionale und internationale Treffen von zivilgesellschaftlichen Gruppen sollen organisiert werden.
  - o Die Thematik Europa muss im Schulunterricht sowie in der Erwachsenenbildung einen großen Raum einnehmen.
- Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf EU-Ebene nur unter folgenden Bedingungen
  - o In einer Volksabstimmung stimmt eine qualifizierte Mehrheit der Wahlberechtigten dafür. (Die Anzahl der Wahlberechtigten ist in der Regel erheblich größer als die der Wählerinnen und Wähler.)
  - o Die parlamentarischen Rechte des deutschen Bundestags müssen entweder in vollem Umfang erhalten bleiben oder an ein EU-Parlament, das volle parlamentarische Rechte hat, abgegeben werden, niemals an Exekutivorgane.
  - o Zu überlegen wäre die Forderung nach einer mehrjährigen Integrationspause. Erst danach dürften dann ggf. weitere Entscheidungsbefugnisse auf EU-Ebene verlegt werden.
- Kurzfristig soll gesellschaftlicher Druck aufgebaut werden - national bzw. EU-weit koordiniert – zur Durchsetzung wichtiger Forderungen
  - Radikaler ökologischer Umbau
  - Umverteilung von oben nach unten
  - Wiedereinführung von Finanzmarktregulierungen
  - Einführung einer Finanztransaktionssteuer
  - Falls Maßnahmen zur Euro-Rettung kurzfristig erforderlich sein sollten, so sollen diese nur für sehr begrenzte Zeit festgelegt werden.

Ausführlichere Informationen dazu siehe [www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu](http://www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu)

\*\*\*\*\*

### **Was jede/r einzelne tun kann**

- Sich selbst informieren  
<http://www.attac-bielefeld.de/bielefeld/mitmachen/ag-eu/>
- Aufklärung betreiben,  
die öffentliche Debatte anregen
  - o in Schule, Universität, bei Gewerkschaften, Parteien und anderen Gruppen und Institutionen
  - o durch Leserbriefe und soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook
- Mitmachen bei der Kampagne umFAIRteilen – Reichtum besteuern  
<http://umfairteilen.de/>
- Druck auf Abgeordnete ausüben  
s. a. [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)
- aktiv werden bei Attac  
z. B. in den regionalen Gruppen oder in Attac-EU-Gruppen

